

## Interview

## „Moderne Sklaverei ist ein weltweites Problem“

Liechtensteiner Regierungschef Risch über die Initiative, die illegale Aktivitäten hinter Finanzströmen aufspürt

Von Hendrik Groth

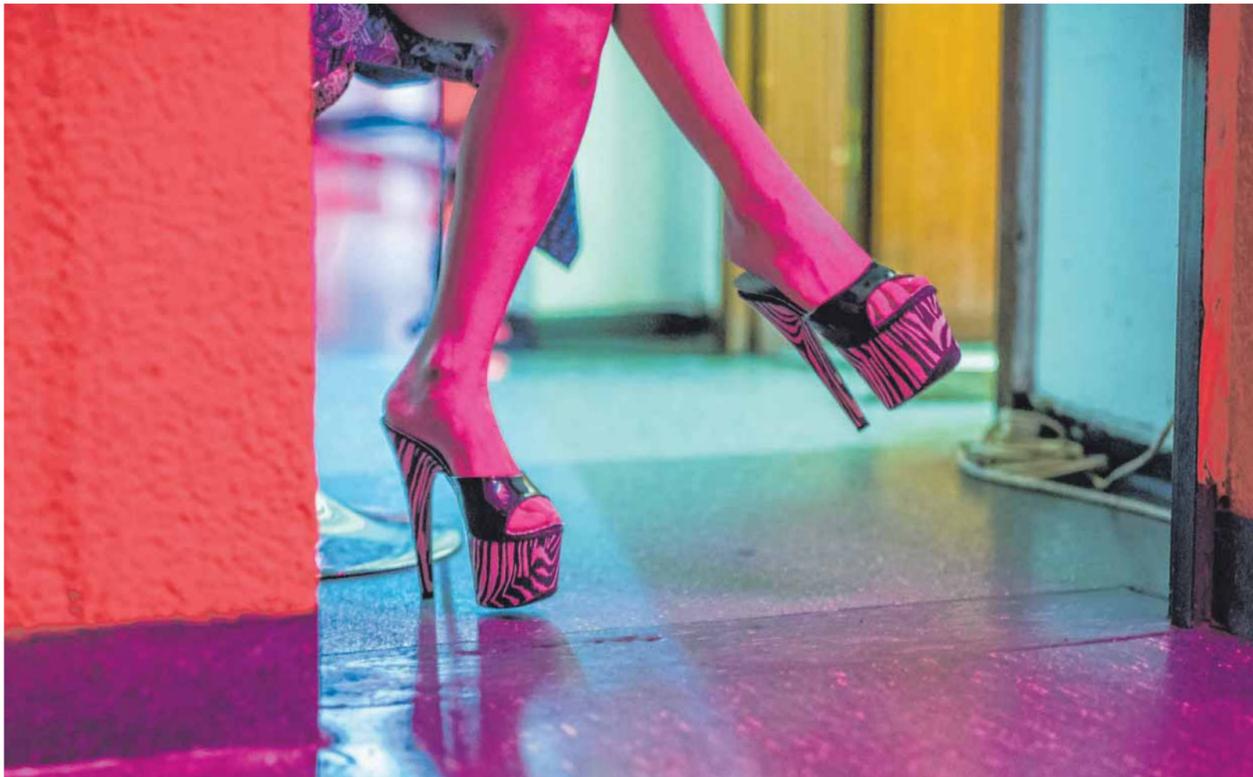
RAVENSBURG - Skrupellose Menschenhändler setzen mit ihren Machenschaften weltweit jährlich umgerechnet etwa 150 Milliarden Euro um. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass etwa 40 Millionen Menschen Opfer von Sklaverei sind. Viele dieser Menschen müssen in der Landwirtschaft, Bekleidungsindustrie, auf dem Bau oder in der Prostitution arbeiten. Liechtenstein hat im Zuge der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Finanzierung des Menschenhandels den Kampf angesagt und in New York eine Initiative gestartet, die illegale Aktivitäten hinter internationalen Finanzströmen und Lieferketten entdecken und verhindern soll. Mit Liechtensteins Regierungschef Daniel Risch sprach in Vaduz Hendrik Groth. Risch nimmt auch am 5. Bodensee Business Forum am 20. September in Friedrichshafen teil.

### Was hat das Fürstentum Liechtenstein überhaupt bewogen, eine Initiative gegen die Finanzierung des Menschenhandels und der modernen Sklaverei auf Ebene der Vereinten Nationen zu starten?

Das Selbstverständnis unseres Landes ist es, dass wir etwas mehr beitragen wollen, als man es aufgrund unserer Größe vielleicht erwarten würde. Deshalb ist es aus unserer Sicht die logische Konsequenz, dass wir in ausgewählten Bereichen Initiativen und Vorstöße lancieren in denen wir Kompetenzen haben und uns einbringen können. Mit dem grossen Know-how auf unserem Finanzplatz war für uns auch klar, dass im Bereich der Verbrechensbekämpfung und dem Aufdecken von Finanzströmen mehr Potential liegt. Neben dem Industriesektor, ist unser Finanzplatz eine zentrale Stütze für unsere Wirtschaft - hier arbeiten hochqualifizierte Experten. Nicht nur im Banking und im Treuhandgeschäft, sondern gerade auch im Bereich der Finanzaufsicht und -überwachung. Dazu kommt, dass die UNO mit den Sustainable Development Goals 2030 (SDGs) auch soziale Nachhaltigkeitsziele definiert hat. Der Kampf gegen Menschenhandel und moderne Sklaverei gehört hier selbstredend auch dazu.

### Von wo aus wird diese Initiative koordiniert? Liegt Liechtenstein geografisch mit Blick auf den weltweiten Menschenhandel und die moderne Sklaverei nicht etwas abseits?

Natürlich würde ich mir wünschen, dass das Thema in Liechtenstein und in Zentraleuropa nicht so ausgeprägt ist. Menschenhandel und moderne Sklaverei sind aber leider ein weltweites Problem. Auch deshalb haben wir aber von Anfang an entschieden, die Initiative im UNO Umfeld in New York anzusiedeln. Wir arbeiten eng mit der dortigen UN-Universität, die eher eine Denkfabrik als eine reguläre Universität ist, zusammen. Dort werden konkrete Projekte der



Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation arbeiten rund 40 Millionen Menschen als Sklaven, auch in der Prostitution.

FOTO: ANDREAS ARNOLD/DPA

FAST Initiative professionell begleitet und Finanzplatzakteure auf der ganzen Welt für das Aufspüren von verdächtigen Finanzflüssen sensibilisiert.

### 150 Milliarden Dollar setzen Menschenhändler jährlich global um. Können Sie in der kurzen Zeit bereits von Erfolgen berichten?

Ja, da gibt es verschiedenes. Die Idee ist ja, dass man Leute, die täglich mit Finanzströmen zu tun haben, intensiv schult. Dass man ihnen beibringt, auf was sie achten müssen. Ziel der Initiative ist es, ihnen zu zeigen, wie sie auf Menschenhandel und moderne Sklaverei aufmerksam werden. Mittlerweile sind mehr als 15 000 Menschen weltweit online oder vor Ort geschult worden. Menschenhändler nehmen ihren Opfern die Papiere ab, sie rauben deren Identität. Die Opfer haben dann nichts mehr. Wir sehen es als Erfolg, dass 2000 Betroffene mit unserer Hilfe wieder über eine Bankverbindung verfügen.

Das sind 2000 Einzelschicksale, aber jedes zählt. FAST betreut auch eine asiatische Investorengruppe, die alleine 5,5 Billionen US-Dollar verwaltet. Auch dort werden die Leute jetzt unterrichtet. Es geht um die Sensibilisierung der im Finanzwesen Arbeitenden. Sie müssen bedenken: Es geht hier nicht um Bagatelldelikte, sondern um schwere Verbrechen mit sehr viel menschlichem Leid.

### Wir sprechen also von einer finanziellen Lieferkette?

Finanzströme sind ein wichtiger Teil der Lieferketten. Wir glauben, dass wir relativ früh im globalen Prozess der Finanzströme die entsprechenden Indikatoren für versteckte Kriminalität haben. Aber auch das deutsche Lieferkettengesetz ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

### Australien, Norwegen, die Niederlande sind dabei. Warum nicht auch Deutschland oder die Schweiz?

### Engagiert für Kunst und Kultur

Daniel Risch (44, Foto: PR) ist seit März 2021 Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein. Zuvor war er als Regierungschef-Stellvertreter und Regierungsrat mit Zuständigkeit für das Ministerium für Infrastruktur,



Wirtschaft und Sport Mitglied der Regierung Liechtensteins. Neben seiner beruflichen Tätigkeit war Risch seit 2009 Gründungs-, Organisationskomitee- und Patronatsmitglied beim Kunst-, Kultur- und Musikfestival Fli Life. Zudem war er bis zum Regierungseintritt 2017 in verschiedenen Verwaltungsrats- und Aufsichtsratspositionen in Liechtenstein und den Nachbarländern tätig. (sz)

Ich habe kürzlich mit Bundeskanzler Scholz in Berlin über die Liechtensteiner Initiative FAST gesprochen. Es geht hier nicht um eine reine Mitgliedschaft. Auch in Deutschland werden bereits Leute geschult. Die Kontakte laufen. Es ist nicht so, dass wir 50 Namen oder Staaten auf der Liste brauchen, wir wollen die Initiative bekannt machen und finanziell absichern. Der Bundeskanzler will das ausdrücklich unterstützen. Unsere Initiative ist ansprechbar für Menschen, die mitmachen wollen. Über die Website kann man sich informieren oder gleich kontaktieren.

### Kommen wir vom globalen zum regionalen. 50 Jahre IBK. Ihre Bilanz? Muss die Konferenz nicht anders aufgestellt werden? In der Öffentlichkeit ist sie kaum bekannt.

Entstanden ist die IBK, weil das Wasser im Bodensee sehr verschmutzt war. Das war damals der Startschuss, welcher noch ohne Liechtenstein erfolgte. Der Fokus hat sich dann wei-

terentwickelt. Es gibt mehrere IBK-Mitglieder, beispielsweise Zürich oder die beiden Kantone im Appenzell, die keinen direkten Anstoss an den Bodensee haben. Liechtenstein ist als einziger Partner in der IBK ein Nationalstaat. Uns vereint, dass wir in diesem Raum enger zusammenarbeiten wollen. Nehmen wir Corona. Schon die drohende Schließung der Grenzen war für unsere Bodenseeregion eine Katastrophe. Wir haben uns dann über die IBK bei allen entscheidenden Stellen gemeldet und so Gehör gefunden. Nur gemeinsam geht das. Zumindest der Waren- und Pendlerverkehr konnte in der Region so während der Pandemie funktionieren. Klar, dass ist auf den ersten Blick im Alltag auf der Straße nicht wirklich sichtbar, aber auf politischer Ebene enorm wichtig.

### Und nun? Kann der Schwung dieses Erfolges nicht genutzt werden? Wir müssen uns fragen: Welche Ziele werden wir gemeinsam vorantreiben? Wo können wir den Unterschied machen? Es wird nach meiner Meinung nie die „Republik Bodensee“ geben, das will weder Bayern, Baden-Württemberg, das Land Vorarlberg noch die Schweizer Kantone. Und auch Liechtenstein möchte das nicht. Wir leben aber alle gerne rund um den Bodensee, in unseren jeweiligen Nationalstaaten. Die Bodenseeregion ist wie gesagt eine Willensregion. Das ist für mich ein schöner und sehr passender Begriff. Man muss nicht zusammenarbeiten, man will es. Bei aller Behäbigkeit in einigen kleineren Dingen ist das eine besondere Kraft.



Das Bodensee Business Forum (BBF) findet am 20.

September 2022 im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen statt. „Netzwerke statt Verzweifeln: Impulse für Wege aus den Krisen“ ist der Leitgedanke der diesjährigen Veranstaltung. Informationen und Tickets auf [schwabisches.de/bbf](http://schwabisches.de/bbf)

## Bauverband befürchtet Delle im Wohnungsbau

STUTTGART (sz) - Die Zahl der Baugenehmigungen in Baden-Württemberg sinkt aktuell deutlich stärker als im Bund. Wie der Bauverband im Südwesten mitteilte, wurden im Mai mit 3496 Wohnungen 9,5 Prozent weniger Neubaugenehmigungen im Land erteilt als im Vergleichsmonat 2021. Trotz eines hohen Basiseffektes vom Vorjahr, als die Genehmigungszahlen zweistellig nach oben gingen, ist dies ein ungewöhnlich deutlicher Einschnitt und ein Warnsignal für die weitere Entwicklung im Wohnungsbau. „Die stark rückläufigen Genehmigungszahlen zeigen klar, dass jetzt die Auswirkungen durch den Ukrainekrieg mit anhaltend gestörten Lieferketten, exorbitant teurem Baumaterial sowie steigenden Bauzinsen nun voll auch im Bewusstsein der Verbraucher angekommen sind“, so Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Baden-Württemberg.

Besonders kräftig zurückgegangen sind im Mai die Genehmigungszahlen für Mehrfamilienhäuser mit einem Minus von 176 Prozent. Insgesamt wurden zwischen Januar und Mai dieses Jahres 18 058 Wohnbaugenehmigungen in Baden-Württemberg erteilt, im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um gut zehn Prozent. „Ganz offensichtlich hat sich das Blatt gedreht. Die Zuversicht und die gute Nachfrage im Wohnungsbau noch bis in den April hinein scheint verfliegen. Außerdem werden immer mehr bereits erteilte Aufträge storniert. Wir befürchten einen großen Einschnitt in den kommenden Monaten. Deshalb muss die Politik jetzt massiv gegensteuern und alles dafür tun, damit das Vertrauen bei den Bauwilligen und Investoren wieder zurückkehrt und der Konjunkturmotor Bau nicht ins Stocken gerät.“

## Kurz berichtet

### Modekette H&M zieht sich ganz aus Russland zurück

STOCKHOLM (AFP) - Die schwedische Modekette H&M zieht sich vollständig vom russischen Markt zurück. Die Fortführung des 2009 gestarteten Geschäfts in Russland sei „angesichts der aktuellen Lage unmöglich“, erklärte Firmenchefin Helena Helmersson am Montag in Stockholm. H&M hatte seine Läden in Russland bereits im März als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine geschlossen. Sie sollen nun befristet wiedereröffnet werden, um die letzten Bestände zu verkaufen.

### Gute Jobchancen für Fachkräfte aus der Ukraine

MÜNCHEN (epd) - Fachlich qualifizierte Flüchtlinge aus der Ukraine haben einer Umfrage zufolge relativ gute Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. 40 Prozent der Personalleiterinnen und Personalleiter in Deutschland glauben, dass diese Menschen Jobs in deutschen Unternehmen finden können, wie aus einer am Montag in München veröffentlichten Befragung durch das ifo Institut hervorgeht. „Die Unternehmen sehen hier auch eine Chance, den Fachkräftemangel abzumildern“, sagte ifo-Expertin Julia Freuding. Schwieriger dürfte dagegen eine Integration von ungelerten Hilfskräften und Auszubildenden in den Arbeitsmarkt werden.

### Porsche lockt Anleger mit hohen Renditezielen

WEISSACH (dpa) - Der Sportwagenbauer Porsche AG will in den kommenden Jahren seine Profitabilität deutlich steigern. Langfristig strebe die Volkswagen-Tochter vor Zinsen und Steuern einen operativen Gewinn in Höhe von 20 Prozent des Umsatzes an, sagte Finanzchef Lutz Meschke anlässlich einer Investorenveranstaltung am Montag in Weissach. Im vergangenen Jahr hatte die Marge bei 16 Prozent gelegen. Mittelfristig will Porsche den Umsatz um jährlich durchschnittlich sieben bis acht Prozent steigern und 17 bis 19 Prozent Marge erzielen. Der Sportwagenbauer Porsche soll möglichst noch in diesem Jahr vom VW-Konzern an die Börse gebracht werden, geplant ist bislang eine Notierung im vierten Quartal.

## Der Schulranzen als Statussymbol

Die Einschulung wird für Familien immer teurer – Teilhabepaket reicht meistens nicht aus

NÜRNBERG (dpa) - Rund 800 000 Kinder kommen nach den Sommerferien in Deutschland in die Schule - und sie alle brauchen einen Schulranzen. Eltern müssen dafür tief in die Tasche greifen. Für ärmere Familien ist das schwer zu stemmen.

Während es früher fast nur die Wahl zwischen dem roten und blauen Ranzen von dem einen oder dem anderen Hersteller gab, gilt es heute, aus einer riesigen Zahl verschiedener Formen, Farben und Muster auszuwählen. Doch auch Ergonomie und Sicherheit spielen eine wichtige Rolle. „Viele Eltern haben schon bestimmte Vorstellungen“, sagt Klaus Müller, Geschäftsführer eines großen Nürnberger Spielwarengeschäfts, das eigenen Angaben nach etwa 3000 Modelle in seiner Ranzenabteilung hat. Um das gewünschte Modell auf jeden Fall zu ergattern, gehen Eltern mit ihren Kindern oft schon Monate vor der

Einschulung einen Ranzen kaufen, hat Müller beobachtet. Dennoch gebe es noch bis zum ersten Schultag eine große Auswahl. „Der Schulranzenkauf ist ein magischer Moment“, sagt der Münchner Marktforscher Axel Dammler. „Der Eintritt in die Schule



Ein Schulranzen symbolisiert den neuen Lebensabschnitt. FOTO: DPA

ist etwas Großes. Der Schulranzen präsentiert das, bildet aber auch die Geschmackswelt des Kindes ab.“

Nach einer vor einigen Jahren erhobenen Studie des Konsumforschungsinstituts GfK geben Eltern im Schnitt 238 Euro für die Erstausstattung aus. Aktuelle Erhebungen dazu gebe es nicht, sagt Expertin Sabine Frühwald. Die Inflation und die Kostensteigerungen in vielen Bereichen wirkten sich aber auch auf den Schulbedarf aus. Den größten Posten bei der Einschulung mache der Schulranzen aus. „Die Eltern kommen aber um den Kauf nicht herum.“ Je nach Marke muss man mit Preisen zwischen 200 und 300 Euro rechnen. Gerade für ärmere Familien ist das nach Angaben des Deutschen Caritasverband nicht zu stemmen. Im vergangenen Februar hatte dieser seine Beratungsstellen zum Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus bedürftigen

Familien befragt, über das diese zu dem Zeitpunkt jährlich pauschal 154,50 Euro für Schulbedarf bekamen. 2022 liegt die Summe bei 156 Euro pro Jahr. Der Großteil der Befragten gab demnach damals an, dass die Summe nie (44 Prozent) oder nur manchmal (43 Prozent) ausreiche. Gerade bei der Einschulung und beim Wechsel auf die weiterführende Schule reiche die Pauschale nicht, sagte eine Sprecherin des Caritasverbands, weil eine neue Schultasche, Zubehör und teure Taschenrechner die Kosten deutlich überstiegen. Die Caritas und andere Hilfsverbände sammeln deshalb gebrauchte Schulranzen und Turnbeutel, um sie Bedürftigen zu spenden.

Die Zahl der Erstklässler wird in den kommenden Jahren noch steigen. Für die Hersteller eine gute Nachricht. „Die Zielgruppe ist in den nächsten Jahren wachsend“, sagt Christian Bergemann von der Stein-

mann Gruppe, zu der unter anderem die seit 1975 bestehende Marke „Scout“ gehört. Doch in den vergangenen Jahren seien viele Mitbewerber dazugekommen, sagt Bergemann. Auch die hohen Energiekosten und Frachtraten machen den Herstellern zu schaffen. Darauf hat das Unternehmen Hama im bayerischen Monheim bei seinen Ranzen der Marke „Step by Step“ reagiert. „Um unsere gewohnt sehr hohe Qualität und die Standards in der Produktentwicklung und -produktion sowie im Bereich Nachhaltigkeit weiterhin aufrecht zu erhalten, sind aber auch wir nicht umhinekommen, die Verkaufspreise geringfügig anzupassen“, teilt das Unternehmen mit. Die Steinmann Gruppe verzichtet dagegen auf Preiserhöhungen. „Wir liegen mit „Scout“ schon im oberen Preissegment und möchten die Familien nicht zusätzlich belasten“, erläutert Bergemann.